

JUGENDKRIMINALITÄT UND IMMIGRATION

Konflikte und Integrationsprobleme

• Manuel Eisner

Von Kritikern werden Befunde eines Anwachsens der sogenannten Ausländerkriminalität vor allem auf zunehmende Stigmatisierung insbesondere junger Ausländer durch Medien und Politik und eine damit verbundene Steigerung der Anzeigenbereitschaft gegen diese Gruppen erklärt, die sich dann in den Kriminalstatistiken und einer verschärfen Diskriminierung niederschlagen. Diese Argumentation greift zu kurz, sagt Manuel Eisner, und setzt ihr die These einer umfassenden »Ethnisierung sozialer Ungleichheit« entgegen.

Wer sich zu einem Thema äußert, in dem Begriffe wie »Ausländer«, »Kriminalität« und »Jugend« eine Rolle spielen, bewegt sich in einem Bereich, der traditionell ein politisches und ideologisches Minenfeld ist. Nicht wenige Forscher und Forscherinnen weigern sich daher, diesen Themenbereich überhaupt als wissenschaftliche Forschungsfrage aufzunehmen. Sie argumentieren, daß Sittenzerfall bei Jugendlichen ein wiederkehrender Topos der westlichen Kultur sei, daß Immigrierte seit jeher argwöhnisch beobachtetes Objekt von Vorurteilen und Diskriminierung seien und daß Kriminalität ein symbolbefrachtetes Thema sei, an dem sich gerade in Krisenzeiten verbreitete Ängste und Verunsicherungen artikulieren können. So sehr diese Argumente ihre Berechtigung haben, so wenig dürfen sie zum einfachen Umkehrschluß verleiten, spezifische Kriminalitätsprobleme unter immigrierten Jugendlichen seien generell inexistent. Vielmehr werde ich im folgenden argumentieren, daß bei der jüngsten Zunahme von Jugenddelinquenz, vor allem im Gewaltbereich, die spezifische Situation eines Großteils der ausländischen Jugendlichen eine zentrale Rolle spielt.

Natürlich gilt trotzdem, daß alltagsweltliche Begriffe wie »Ausländer« oder »Ausländerkriminalität« nicht unreflektiert in die analytische Sprache des sozialwissenschaftlichen Denkens übernommen werden dürfen. »Ausländer« ist eine politische Kategorie, die sich aus der Differenz zwischen der Staatsangehörigkeit eines Individuums und seinem momentanen geographischen Standort ergibt. Dafür, daß dies eine Ursache für Kriminalität sein sollte, existiert kein

einzig triftiger Grund. Soziologisch bedeutsam können die im Kategorienraster amtlicher Statistiken und alltagsweltlicher Verständigung bereits vorgefundenen nationalstaatlichen Kategorien erst werden, wenn sich die dahinter stehenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Merkmale der betreffenden Gruppen eruieren lassen, welche dann – möglicherweise – mit den entsprechenden kriminologischen Auffälligkeiten in Zusammenhang gebracht werden können. Das impliziert auch, daß zur Erklärung der Delinquenz aller betrachteten Gruppen grundsätzlich dieselben soziologischen und kriminologischen Konzepte heranzuziehen sind. Entsprechend besteht die analytische Aufgabe darin, eine allfällige Über- oder Unterbelastung innerhalb einer Bevölkerungsgruppe als Folge allgemeiner Ursachen von Kriminalität zu interpretieren.

Die Problemlage

Vergleicht man die Befunde, die vor allem Christian Pfeiffer und seine Mitarbeiter zur Situation in der Bundesrepublik kürzlich vorgestellt haben, mit Ergebnissen von Untersuchungen in der Schweiz, so zeigen sich weitgehende Parallelen.

- Während die polizeilich registrierte Jugenddelinquenz insgesamt nur in beschränktem Ausmaß angestiegen ist, sind Gewaltdelikte deutlich häufiger geworden. Zwar dominieren Eigentumsdelikte zahlenmäßig nach wie vor, doch ist der Anteil des für Angst- und Bedrohungsgefühle ausschlaggebenden Bereichs

der Gewaltdelikte deutlich angestiegen. Der steile Anstieg von Jugendgewalt und die geringere Zunahme von Jugendkriminalität insgesamt seit 1990 kann in allen westeuropäischen Staaten ähnlich beobachtet werden.

- Detailanalysen zeigen in der Schweiz ähnlich wie in Deutschland, daß der relative Anteil geringfügiger Gewaltdelikte deutlich gestiegen ist, was auf eine höhere Anzeige- und Registrierungsbereitschaft im Gewaltbereich hindeutet.
- Wo Befragungsdaten einen zeitlichen Vergleich zulassen, zeigen sie in Übereinstimmung mit polizeilichen Daten eine Zunahme im Gewaltbereich. Dies spricht gegen die These, die Zunahme sei nur ein Artefakt der gestiegenen Anzeigebereitschaft. Insbesondere ist die Gruppe derjenigen, welche eine hohe Gewaltbeteiligung angeben, deutlich größer geworden.
- Sowohl im Bereich der Eigentums- wie auch im Bereich der Gewaltdelinquenz kann seit Beginn der 90er Jahre ein zunehmender Anteil von Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beobachtet werden. Die in Tonry und Marshall herausgegebenen Fallstudien zu einer Reihe von Ländern zeigen, daß immigrierte Minderheiten in fast allen westeuropäischen Staaten deutlich steigende Anteile der polizeilich registrierten Kriminalität, der Verurteilten, der Gefängnispopulation sowie der Kriminalitätsoffer ausmachen.
- Polizeilich registrierte Jugendgewalt hat sowohl bei der nationalen wie auch der immigrierten jugendlichen Wohnbevölkerung zugenommen. Allerdings ist der Anstieg immi-

grierter Tatverdächtiger überdurchschnittlich stark. Im Kanton Zürich haben heute 70 Prozent der Jugendlichen, welche wegen eines Gewaltdeliktes verdächtigt werden, eine ausländische Staatsangehörigkeit.

- Die höhere Gewaltbelastung von immigrierten Jugendlichen, welche in den polizeilichen und gerichtlichen Statistiken zum Ausdruck kommt, wird zumindest in der Tendenz auch durch Befragungsdaten bestätigt.
- Es bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsregionen. Im Kanton Zürich etwa fallen Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei durch eine besonders hohe Gewaltbelastung auf.

»Weder sind Angehörige derselben Nationalität in allen europäischen Gastländern gleichermaßen kriminell auffällig – wie dies zu erwarten wäre, wenn nur die Kultur des Herkunftslandes eine Rolle spielen würde; noch führt eine vergleichbare soziale Lage im Gastland notwendigerweise zu identischen Kriminalitätsbelastungen bei verschiedenen Herkunftsgruppen«

- Dabei zeigt ein Vergleich der Problematik in verschiedenen europäischen Staaten, daß jeweils andere Minderheiten eine besondere Auffälligkeit im Bereich der Jugenddelinquenz haben. In den Niederlanden sind marokkanische Jugendliche seit längerem weit überdurchschnittlich vertreten, während türkische Jugendliche nicht auffällig sind. In England und Wales besteht ein starker Kontrast zwischen der hohen Auffälligkeit von Jugendlichen, die aus dem karibischen Raum stammen, und der außerordentlich geringen

Auffälligkeit von Jugendlichen aus Pakistan, Indien und Bangladesch, welche sich in einer vergleichbaren sozio-strukturellen Lage befinden (Smith 1997). Hingegen scheinen jugendliche Angehörige eben dieser Herkunftsregionen in Schweden etwas übervertreten zu sein, wobei auch hier Jugendliche aus dem Maghreb die größte Überrepräsentation in den Kriminalstatistiken aufweisen (Martens, 1997: 227).

Im Vergleich solcher Befunde wird deutlich, daß einfache Modelle kaum geeignet sind, die Kriminalität von immigrierten Jugendlichen zu verstehen. Weder sind Angehörige derselben Nationalität in allen europäischen Gastländern gleichermaßen kriminell auffällig – wie dies zu erwarten wäre, wenn nur die Kultur des Herkunftslandes eine Rolle spielen würde (Sellin, 1938); noch führt eine vergleichbare soziale Lage im Gastland notwendigerweise zu identischen Kriminalitätsbelastungen bei verschiedenen Herkunftsgruppen – wie dies aufgrund der Spannungstheorie erwartet werden müßte (Kornhauser, 1978). Vielmehr scheint es, als müßten wir zum Verständnis der Kriminalitätsproblematik bei immigrierten Minderheiten von einer komplexen Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Dynamiken im Herkunftsland, spezifischen Mustern der Migration selbst und den neu entstehenden Lebensumständen im Gastland ausgehen. Wie diese Prozesse im einzelnen aussehen, wird heute noch zu wenig verstanden, und entsprechend sind auch die folgenden Überlegungen als vorläufige Interpretationsversuche zu betrachten.

Soziale und politische Spannungen im Herkunftsland

Soziologische Theorien zur Entstehung von Gewaltkriminalität betonen seit langem die Bedeutung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen als gesamtgesellschaftliche Einflußgröße auf das Ausmaß individueller Aggressionsbereitschaft. So ist einer der am besten gesicherten Befunde der vergleichenden Gewaltforschung, daß Gewaltdelikte in jenen Ländern häufig sind, wo wirtschaftliche Rückständigkeit, große soziale Ungleichheiten, instabile staatliche Strukturen sowie gewalttätige politische Konflikte zusammentreffen. Dies sind Rahmenbedingungen, die wir in den gewalttätigsten Ländern dieser Welt – Kolumbien, den Philippinen, Mexiko, dem Libanon, Rußland und den neu entstandenen Staaten im Süden der ehemaligen Sowjetunion – immer finden und die beispielsweise verständlich machen, warum Süditalien oder Korsika seit Jahrhunderten unter endemischer Gewalt leiden. Offensichtlich begünstigen soziale Ungleichheit, Chancenlosigkeit und gewaltsamer politischer Konflikt die Verbreitung aggressiver Verhaltensmodelle bis hinein in die Alltagspraxis besonders der benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Solche Zusammenhänge mögen zumindest teilweise verständlich machen, weshalb der Anstieg von Jugendgewalt ebenso wie die Verschiebung der Staatsangehörigkeit jugendlicher Tatverdächtiger um 1990 einsetzt, jener Zeit also, in der ganz Osteuropa von tiefgreifenden politischen Umwälzungen erschüttert wurde. So zeigen die Daten zur Jugenddelinquenz im Kanton Zürich, daß die Zunahme vorwiegend – aber nicht ausschließlich – Jugendliche aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien betrifft. Die meisten von ihnen stammen damit aus einer Herkunftsregion, die durch große ökonomische Rückständigkeit geprägt ist, in der gewalttätige ethnische Konflikte an der Tagesordnung sind, die eine lange Tradition totalitärer politischer Systeme hat und deren politische und soziale Strukturen sich seit dem Untergang des Kommunismus in freier Auflösung befinden. Wir haben es hier also mit einem geradezu exemplarischen Fall von extremer Anomie zu tun, der sich in einem Zusammenbruch von moralischen Orientierungen und gleichzeitigem Zerfall staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungsstrukturen äußert. Dieser Prozeß spielt sich ab vor dem Hintergrund einer überaus konfliktreichen historischen Erfahrung, die über Jahrhunderte durch Kriege, Fremdherrschaft und Vertreibung gekennzeichnet gewesen ist.

Derartige gesellschaftliche Krisen in den Herkunftsländern lassen natürlich auch jene Menschen nicht unberührt, die bereits in Westeuropa leben. Es wäre im Gegenteil überaus überraschend, wenn kriegerische Konflikte, ethnische Spannungen und gesellschaftliche Desorganisation im Heimatland an der jeweiligen Wohnbevölkerung spurlos vorübergingen. Dies mag besonders für die Lebensphase der Jugend gelten, in der die Bildung einer stabilen kulturellen und individuellen Identität eine Hauptaufgabe bildet. Bei diesem Prozeß bildet die Identifikation mit dem Herkunftsland eine mögliche Stütze. Wo jedoch diese Ressource durch den Zerfall gesellschaftlicher Ordnung zerstört wird, erhöht sich das Risiko für Defizite der Identitätsbildung.

»Kriminaltourismus«

Hinzu kommt, daß mit der politischen Öffnung des Ostens Europa ein gesellschaftlicher Raum geworden ist, der durch enorme Unterschiede in Bezug auf Wohlstand und Stabilität gekennzeichnet ist. Äußerste Armut und prekärste wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sind seither Teil der europäischen Gesellschaft. Man halte sich beispielsweise vor Augen, daß die Realeinkommen in der Schweiz rund 80mal höher liegen als diejenigen in den wirtschaftlich rückständigen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien oder in Albanien. Bei allen Problemen, die uns hierzulande beschäftigen, dürfte daher kaum erstaunen, daß aus der Perspektive vieler osteuropäischer Regionen der europäische Westen als

Schlaraffenland mit einer geradezu obszönen Verfügbarkeit von Luxus und Wohlstand gilt. Gleichzeitig sind im Gefolge der Öffnung Osteuropas einander gegenseitig ergänzende Schwarzmärkte entstanden. Während in der Schweiz der illegale Drogenmarkt auf allen Handelsebenen enorme Gewinnspannen erlaubt, ist in Osteuropa ein großer illegaler Markt für westliche Konsum- und Luxusgüter wie Autos, Stereoanlagen oder Mobiltelefone entstanden (für Deutschland vgl. Albrecht, 1997: 63; Killias, 1997: 399). Hierdurch hat sich innerhalb Europas eine Struktur von außerordentlichen Anreizen zu grenzüberschreitender Kriminalität gebildet, die besonders dort attraktiv erscheint, wo die legale Wirtschaft kaum mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.

Jugendliche stehen bei dieser Problematik nicht im Vordergrund. Aber es steht in Zürich beispielsweise außer Zweifel, daß minderjährige Männer aus Albanien im Kleinhandel mit illegalen Drogen stark vertreten sind und daß Jugendliche aus einer Reihe von osteuropäischen Staaten (in den letzten Jahren etwa aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion) mit an der grenzüberschreitenden Eigentumsdelinquenz beteiligt sind. Solche Phänomene machen sichtbar, daß sich in der heutigen Problematik der Jugenddelinquenz nicht zuletzt die Tatsache widerspiegelt, daß Europa seit der Öffnung der Grenzen im Osten eben auch ein geographischer Großraum ist, der durch große regionale Ungleichheiten, Spannungen und ethnische Konflikte gekennzeichnet ist.

Hausgemachte Ursachen

Allerdings ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Aufwachsens von immigrierten Jugendlichen in Westeuropa selbst mit zu berücksichtigen. Hierbei können wir zunächst vom allgemeinen Befund der kriminologischen Forschung ausgehen, daß schwere Formen von Kriminalität und besonders Gewalt unter jenen gesellschaftlichen Gruppen häufig ist, bei denen sich Armut, soziale Randlage, Perspektivenlosigkeit sowie die Brüchigkeit von familiären und gemeinschaftlichen Netzwerken zu einem Gefüge sozialer Desorganisation verbinden. Solche Phänomene lassen sich in allen westlichen Gesellschaften seit einiger Zeit vermehrt beobachten und dürften als gesamtgesellschaftlicher Hintergrund eine zentrale Rolle bei der Zunahme von Jugendgewalt spielen. Dabei zeigen Analysen zur Lebenssituation immigrierter Jugendlicher, daß gerade sie in weit überdurchschnittlichem Ausmaß von diesen Dynamiken betroffen sind. Sie erreichen deutlich tiefere Bildungsabschlüsse als schweizerische Jugendliche, sie sind in weit überdurchschnittlichem Ausmaß von Arbeitslosigkeit und fehlenden beruflichen Perspektiven bedroht, und sie leben häufig in jenen städtischen Kontexten, in denen sich die Krisenphänomene der modernen Gesellschaft konzentrieren. Dabei gilt: je tiefer der Bildungs-

und Berufsstatus der Eltern ist, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen dem Herkunftsland und der Schweiz sind und je kürzer die Phase der Immigration zurückliegt, desto ausgeprägter finden sich ausländische Jugendliche an den Randlagen der schweizerischen Gesellschaft.

Allerdings bin ich der Auffassung, daß eine einfache Rückführung der Problemlage auf die eingängige Formel der »Winner-Loser«-Kultur, welche letztlich auf einem anomie- und spannungstheoretischen Paradigma fußt, zu kurz greift. Vielmehr bin ich der Meinung, daß eine konflikttheoretische Argumentation gerade in den westlichen Gegenwartsgesellschaften berücksichtigt muß, daß wir es mit einer zunehmenden *Ethnisierung sozialer Ungleichheit* zu tun haben. Solche Prozesse lassen sich beispielsweise an der wachsenden Ungleichheit von Bildungsabschlüssen entlang von Nationalitätskriterien, an steigenden Anteilen von immigrierten Gruppen unter Arbeitslosen und Beziehern von Fürsorgeleistungen sowie der zunehmenden räumlichen Segregation der ausländischen Wohnbevölkerung in den städtischen Kontexten ablesen. Dafür, daß die hierdurch gesellschaftlich produzierte Überlagerung von Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit mit Merkmalen der sozial konstruierten »Andersartigkeit« Effekte auf die Gewaltproblematik hat, lassen sich aus der internationalen wie aus der historischen Kriminalitätsforschung viele empirische Beispiele anführen.

Integration – aber wie?

Vieles deutet darauf hin, daß sich im Bereich der Jugendkriminalität zum einen die Folgewirkungen neuer Ungleichheiten in Europa und auf der Welt insgesamt, der Entstehung eines europäischen Gesellschaftsraumes mit enormen wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten sowie der gewalttätigen Konflikte an den Rändern Europas manifestieren. Gleichzeitig signalisiert die Entwicklung von Jugendkriminalität Prozesse der Desintegration *innerhalb* der westeuropäischen Gesellschaften. Immer größere Teilgruppen werden an den Rand des Gesellschaftsgefüges gedrängt und haben immer geringere Chancen, von dort den Weg zurück zu wirtschaftlicher, politischer sowie kultureller Partizipation und Integration zu finden. Solche Marginalisierungsprozesse erfolgen in steigendem Ausmaß entlang von Nationalitätskriterien und führen so zu einer Ethnisierung sozialer Ungleichheit, welche eine politische Artikulation von Unzufriedenheit ebenso erschwert, wie sie individualisierte gewalttätige Konfliktmuster begünstigt.

Dabei dürfte erschwerend hinzukommen, daß sich die hier angesprochene Thematik besonders gut für polarisierende Polemik und politischen Mißbrauch eignet, zumal im gegenwärtigen politischen Klima fremdenfeindliche Reflexe bis weit ins bürgerliche Lager hinein wieder salonfähig sind. Allerdings dürfte nur schon angesichts der in offiziellen Statistiken dokumentierten Situa-

tion eine Tabuisierung der Problemlage wenig hilfreich sein. Gefordert ist vielmehr eine differenzierte Ursachenanalyse und die parallele Entwicklung von wirkungsvollen Präventions- und Interventionsmodellen. Eine aktive Integrationspolitik wäre dabei heute notwendiger denn je, nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der hier skizzierten Probleme im Bereich der Jugendkriminalität. Allerdings sollte die Forderung nach mehr Integration nicht verschleiern, daß hier die Probleme erst anfangen. Denn so sehr man sich wenigstens in liberalen Kreisen über den Grundsatz einer besseren Integrationspolitik einig ist, so wenig scheinen gegenwärtig konkrete Vorstellungen zu existieren, wie im Einzelnen über das Bestehende hinaus Integration tatsächlich mit den Mitteln politisch-administrativer Steuerung geleistet werden kann.

Prof. Dr. Manuel Eisner lehrt Soziologie an der ETH Zürich und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift

Literatur

- Albrecht, H.-J. (1997). «Ethnic Minorities, Crime, and Criminal Justice in Germany», in: Tonry (1997).
- Eisner, M. (1998a). «Hat Jugendgewalt zugenommen?», in: Eisner, M. und P. Manzoni (Hrsg.), *Gewalt in der Schweiz* (erscheint im Herbst 1998), Zürich: Rüegger.
- Eisner, M. (1998b). «Jugendkriminalität und immigrierte Minderheiten im Kanton Zürich», in: Bauhofer, S. et al (Hrsg.), *Jugend und Strafrecht*, Zürich: Rüegger.
- Junger-Tas, J. (1997). «Ethnic Minorities and Criminal Justice in the Netherlands», in: Tonry (1997).
- Killias, M. (1997). «Immigrants, Crime, and Criminal Justice in Switzerland», in: Tonry (1997).
- Kornhauser, R. R. (1978). *Social Sources of Delinquency; An Appraisal of Analytic Models*, Chicago: University of Chicago Press.
- Marshall, I. H. (1997a). «Minorities and Crime in Europe and the United States: More Similar than Different!», in: ders. (1997b).
- Marshall, I. H. (Hrsg.) (1997b). *Minorities, Migrants, and Crime; Diversity and Similarity Across Europe and the United States*, Thousand Oaks: Sage.
- Martens, P. L. (1997). «Immigrants, Crime, and Criminal Justice in Sweden», in: Tonry (1997).
- Pfeiffer, C., I. Delzer, D. Enzmann und P. Wetzels (1998). *Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen; Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter (Sonderdruck zum 24. deutschen Jugendgerichtstag vom 18.–22. September 1998 in Hamburg)*, Hannover: DVJJ.
- Queloz, N. (1993). «Etrangers et Criminalité: Entre craintes, préjugés et réalités», in: Bauhofer, S. und N. Queloz (Hrsg.), *Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege*, Chur: Rüegger.
- Sellin, T. (1938). *Culture Conflict and Crime*, New York: Social Science Research Council.
- Smith, D. J. (1997). «Ethnic Origins, Crime, and Criminal Justice in England and Wales», in: Tonry (1997).
- Tonry, M. (Hrsg.) (1997). *Ethnicity, Crime, and Immigration; Comparative and Cross-National Perspectives (Crime and Justice – A Review of Research, Vol. 21)*, Chicago: Chicago University Press.
- Walter, M. und M. Kubink (1993). «Ausländerkriminalität – Phänomen oder Phantom der (Kriminal-)politik», *MschKrim*, 76, 5, 306–319.